

FREIBERUFLER-TICKER vom 14. Mai 2021

1. Steigender Anteil freiberuflicher Gründungen

In einer ersten Meldung (siehe FREIBERUFLER-TICKER vom 16. April 2021) teilte das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn mit, dass die Anzahl der freiberuflichen Existenzgründungen 2020 auf 88.360 gesunken ist (minus 5,6 Prozent gegenüber 2019). Damit entwickelte sich das Gründungsgeschehen bei den Freien Berufen in 2020 dennoch günstiger als im Gewerbe (minus 11,7 Prozent). Am 10. Mai 2021 veröffentlichte das IfM Bonn vertiefte [Daten](#): 2020 waren insgesamt rund 331.000 Gründungen zu verzeichnen, rund 36.000 weniger als im Vorjahr (minus 9,7 Prozent). Damit sinkt die Anzahl das dritte Jahr in Folge. Der Rückgang fällt laut IfM Bonn geringer aus als zu Beginn der Corona-Pandemie erwartet. Die Anzahl der Gründungen in der Land- und Forstwirtschaft hingegen ist gestiegen (plus 8,4 Prozent). Da bei den Freien Berufen der Einbruch weniger stark war als im Gewerbe, verschiebt sich die Struktur der Tätigkeitsbereiche weiter: Lag der Anteil der freiberuflichen Gründungen vor fünf Jahren noch bei 23,5 Prozent, so sind es nunmehr 26,7 Prozent. Mehr als die Hälfte der freiberuflichen Gründungen entfielen im Pandemie-Jahr auf Frauen: Ihr Anteil stieg geringfügig von 52,6 Prozent (2019) auf 52,8 Prozent (2020). Bei den gewerblichen Einzelunternehmen erhöhte sich der Frauenanteil in 2020 etwas stärker: von 29,4 Prozent auf 30,7 Prozent. Insgesamt setzt sich laut IfM Bonn der Strukturwandel hin zu einer Wirtschaft mit (wissenbasierten) Dienstleistungen trotz der pandemieverursachten Marktbeschränkungen in vielen Dienstleistungsbranchen fort.

2. Insgesamt stabile Beschäftigung, aber zunehmende Differenzierung

Das geht aus einer am 12. Mai 2021 [veröffentlichten](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Die Beschäftigungsquote von Personen aus den Asylherkunftsländern lag im Dezember 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,2 Prozentpunkte höher, bei den anderen Migrantengruppen blieb sie in etwa stabil. Bei den deutschen Staatsangehörigen sank sie um einen Prozentpunkt. Deutliche Unterschiede zeigen sich allerdings in der Entwicklung der Arbeitslosenquote. Mit einem Anstieg von 2,7 Prozentpunkten im Dezember 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat trifft das vor allem auf Staatsangehörige aus den Asylherkunftsländern zu. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Maßnahmen wie Integrations- und Sprachkurse oftmals unterbrochen oder abgebrochen wurden. Bei Deutschen liegt der Anstieg der Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahresmonat bei einem Prozentpunkt.

3. Homeoffice-Nutzung leicht rückläufig

Im April 2021 nutzten etwas weniger Beschäftigte das Homeoffice als im Vormonat. Das geht aus der [Pressemeldung](#) vom 10. Mai 2021 hervor, die auf eine Umfrage des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung verweist. Danach sank der Anteil auf 30,8 Prozent der Beschäftigten, die zumindest teilweise im Homeoffice arbeiteten, von 31,7 Prozent im März 2021 und 30,3 Prozent



Bis zu 50% Rabatt

Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Zum Angebot >

im Februar 2021. Das ifo Institut schätzt, dass über alle Branchen hinweg 56 Prozent der Beschäftigten Arbeit im Heimbüro zumindest teilweise umsetzen könnten. Die Nutzung und das Potenzial unterscheiden sich aber in großem Maße nach den Wirtschaftszweigen. An der Spitze bei der Nutzung liegen die Erbringer von Dienstleistungen der Informationstechnik mit 79,8 Prozent; ihr Potenzial liegt bei 87,4 Prozent.

4. Portal zur Zukunft der Arbeitswelt startet

Laut einer [Mitteilung](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) startete die unabhängige Berichterstattung über die Arbeitswelt in Deutschland im Auftrag des BMAS am 11. Mai 2021 mit der Veröffentlichung des Arbeitswelt-Portals unter arbeitswelt-portal.de. Am 18. Mai 2021 folgt der Arbeitswelt-Bericht, den der unabhängige Rat der Arbeitswelt Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, übergeben wird. Der Arbeitswelt-Bericht wird einmal im Jahr erscheinen. Das Projekt der Arbeitsweltberichterstattung für Deutschland setzt ein Vorhaben um, auf das sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode verständigt haben. Das Arbeitswelt-Portal bündelt wissenschaftliche und praxisrelevante Erkenntnisse rund um das Thema Arbeit und Zukunft der Arbeit. Auf dem Portal sind diese allgemein verständlich und informativ für ein breites Publikum aufbereitet. Das Portal wird in den nächsten Jahren fortlaufend und in enger Abstimmung mit der Wissenschaft, der betrieblichen Praxis und den Sozialpartnern um Inhalte und Analysen erweitert.

5. Stand der Verwirklichung des DigitalPakts Schule

Die Bundesregierung gab in ihrer Antwort ([19/29159](#)) auf eine Kleine Anfrage einen Überblick über den Stand der Umsetzung des DigitalPakts Schule zum 31. Dezember 2020. Insgesamt wurden über den DigitalPakt 40.930 mobile Endgeräte erworben, den größten Anteil schaffte Sachsen an. Des Weiteren wurden eine Übersicht über die Anzahl der beantragten, bewilligten und abgeschlossenen Maßnahmen sowie die Höhe der abgeflossenen Bundesmittel der Länder im Rahmen des „DigitalPakts Schule 2019 bis 2024“ sowie der Zusatzvereinbarung „Sofortausstattung“ aufgeführt. Vonseiten der Bundesregierung wird darauf verwiesen, dass die originäre Zuständigkeit für die Umsetzung des DigitalPakts Schule bei den Ländern liegt. Darüber hinaus wird an die Förderbekanntmachung der Stiftung „Innovation in der Hochschullehre“ verwiesen, womit die Hochschulen in den nächsten vier Jahren mit bis zu 360 Millionen Euro gefördert werden können. Mit der Bund-Länder-Vereinbarung „Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung“ würden bis 2025 weitere 120 Millionen Euro an Bundesmitteln an die Hochschulen fließen. Darüber informierte der Deutsche Bundestag am 10. Mai 2021.

6. Beratungsanfragen bei der Antidiskriminierungsstelle stark angestiegen

2020 stieg die Zahl der Beratungsanfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Vergleich zum Vorjahr so stark an wie nie zuvor – insgesamt um 78 Prozent. Zusammengefasst wurden im vergangenen Jahr in 6.383 Fällen Rechtsauskünfte erteilt, Stellungnahmen eingeholt oder gütliche Einigungen vermittelt. Das zeigt der [Jahresbericht](#) der



Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.

Bis zu 50% Rabatt

Zum Angebot >

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der am 11. Mai 2021 vorgestellt wurde. Vor allem die Zahl der Anfragen zu Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft beziehungsweise aus rassistischen Gründen nahm mit 2.101 Anfragen im Vergleich zu 1.176 Anfragen in 2019 deutlich um 78,7 Prozent zu. Auch bei den anderen geschützten Merkmalen gab es teils signifikante Steigerungen. Überdies kam es zu einem Sondereffekt im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Hier zählte die Antidiskriminierungsstelle 1.904 Anfragen, die in direktem Bezug zur Pandemie stehen, darunter in der Mehrzahl Anfragen zur Maskenpflicht.



The advertisement features a dark blue background. On the left, a hand holds a tablet displaying the front page of the 'Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland'. A red banner at the bottom left of the tablet reads 'Bis zu 50% Rabatt'. To the right of the tablet is a glass of water and a green coffee cup on a saucer. The main text on the right reads 'Jetzt 6 Monate F.A.Z. und Sonntagszeitung digital sichern.' in white. Below this text is a red button with the white text 'Zum Angebot' and a right-pointing arrow. In the top right corner of the dark blue area is the white logo of the Frankfurter Allgemeine Zeitung, a stylized 'fz'.